

**Von:** urban.mangold@oedp-bayern.de <urban.mangold@oedp-bayern.de>

**Gesendet:** Freitag, 13. Dezember 2024 18:46

**An:** 'olaf.heinrich@bezirk-niederbayern.de' <olaf.heinrich@bezirk-niederbayern.de>

**Cc:** Urban.Mangold@oedp-bayern.de

**Betreff:** Antrag an den Bezirkstag

Urban Mangold, Bezirksrat  
Kapuzinerstr. 5, 94032 Passau

### Antrag

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,

den folgenden Antrag bitte ich dem zuständigen Gremium zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

#### **Der Bezirkstag richtet folgende Resolution an die Bayerische Staatsregierung:**

Der Bezirk Niederbayern appelliert an die Bayerische Staatsregierung, keine Stromlieferungen aus tschechischen Atomkraftwerken, entsprechende Liefervereinbarungen oder Beteiligungen an der Atomstromproduktion in Tschechien anzustreben. Ein solches Vorgehen würde den Bau neuer Atomkraftwerke in Tschechien begünstigen und geradezu herausfordern.

Der Bezirk verweist darauf, dass eine Atomkatastrophe in Tschechien den Betrieb mehrerer bestehender Bezirkseinrichtungen gefährden oder unmöglich machen könnte. Hieraus erwächst dem Bezirk auch eine Befassungskompetenz.

Der niederbayerische Bezirkstag schließt sich daher der Erklärung des Bezirkstagspräsidenten Dr. Heinrich an, wonach „ein Comeback der Atomenergie der falsche Weg“ wäre: „Wenn hoch subventionierte Atomkraftwerke gebaut würden, wäre der Strom für unsere Gesellschaft insgesamt deutlich teurer als wenn wir auf nachwachsende Rohstoffe, Wasser, Wind und Sonne setzen und das Thema Speicherung mitdenken“.

### Begründung des Antrages

Zur Frage der Befassungskompetenz des Bezirkstags wird auf die Ausführungen der Staatsregierung zu früheren ähnlich lautenden Anträgen aus den Reihen des Bezirkstags verwiesen.

Danach steht dem Bezirk im Rahmen des Selbstverwaltungsrechtes zwar ein kommunalpolitisches, aber kein allgemeinpolitisches Mandat zu. Resolutionen sind aber dennoch zulässig, wenn sie sich im Rahmen der bezirklichen Aufgaben und Zuständigkeiten bewegen und einen spezifischen Ortsbezug zum Bezirksgebiet aufweisen. In der vorliegenden Resolution geht es konkret um die Gefahren, die von tschechischen Atomkraftwerken ausgehen und den Betrieb der Bezirkseinrichtungen gefährden.

Schon vor rund 13 Jahren hat der Bezirkstag unter dem früheren Bezirkstagspräsidenten Manfred Hölzlein nach der Atomkatastrophe von Fukushima eine ähnliche Resolution verabschiedet. Die Atomkatastrophe vor mehr als 13 Jahren hat „eine Neubewertung der Risiken erfordert, die mit dem Betrieb von Atomkraftwerken verbunden sind“, hieß es damals in den Sitzungsunterlagen. An dieser neuen Bewertung hat sich auch durch den völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine nichts geändert. Die Atomkraftnutzung ist keinen Tag länger zu verantworten. Aus den in der Resolution dargelegten Gründen ist „mehr Offenheit für Erneuerbare Energien“ (Dr. Olaf Heinrich) notwendig.

*Urban Mangold*